

Stettiner Zeitung.

No. 51.

Morgenblatt. Donnerstag, den 31. Januar.

1867.

Günstige Vorzeichen.

Der Reichstag des norddeutschen Bundes wird unter günstigen Anzeichen zusammentreten. Das Werk der Einigung, welches durch die militärischen und politischen Thaten des letzten Sommers begonnen worden ist, hat sich seitdem hoffnungsvoll weiter entwickelt, in mancher Beziehung rascher und erfolgreicher als damals vorausgesehen werden konnte. Die Zuversicht, mit welcher unsere Regierung an die Durchführung der großen Aufgabe veranlagt, scheint sich nach allen Seiten zu erfüllen, — die Zweifel und der Kleinmuth dagegen, welche damals vielfach von manchen Seiten erzeugt wurden, sind vor der Macht der Thaten mehr und mehr verschwunden.

Noch vor wenigen Monaten — welche Fülle böser Vorhersagungen über die Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich auf Preußens Wegen aufstürmen würden; jetzt aber sind diese Wege bereits nach allen Seiten hin gebahnt und geebnet. Zunächst hieß es: Preußen würde in der ersten Zeit vollauf zu thun haben, um seine neuwonnenen Provinzen dem Staatsverbande zu sichern, — die entthronten Fürsten würden gestützt auf die Fürsprache und Hilfe des Auslandes und auf die Stimmung in der Bevölkerung ihrer bisherigen Länder die Einverleibung in Preußen auf jede Weise zu hindern suchen, — aller Widerstand der preußenfeindlichen Parteien in Schleswig-Holstein, in Hannover u. s. w. würde sich vereinigen, um der preußischen Regierung ihre Aufgabe zu erschweren.

Aber schon jetzt liegt es klar zu Tage, daß die Einverleibung aller jener Länder in Preußen ihren ruhigen und sicheren Gang geht, ohne daß eine ernstere Gefahr irgendwo der Geltendmachung der preußischen Herrschaft entgegentritt. Die Fürsten haben einer nach dem anderen die Vergleichlichkeit weiteren Widerstrebens erkannt und ihre früheren Unterthanen von allem Gewissensdruck älterer Verpflichtungen enthoben; die Bevölkerung aber kommt unserer Regierung theilweise mit offenem Vertrauen, fast überall mit Gehorsam entgegen. Die Versuche des Trotses sind vereinzelt; einige wenige Maßregeln der Strenge haben genügt, der Gefahr weiterer Verführung vorzubeugen. Kein Einstiger in einem der neu erworbenen Länder wird heute noch an eine Wiederherstellung der früheren Zustände glauben. Auf allen Gebieten vollzieht sich die Vereinigung mit Preußen ohne Geräusch und ohne Schwierigkeit, eine eigentliche Sorge oder Gefahr kann daraus nicht mehr entstehen. Die Bildung des norddeutschen Bundes aber, meinte man ferner, müsse an dem Widerwillen der Staaten, auf die dabei gezeichnet sei, — besonders Sachsen, die größten Schwierigkeiten finden. Wer erinnert sich nicht, welche Bedenken man noch vor Kurzem wegen der Stellung Sachsen erhob? An dem Widerstreben dieses Staates, hieß es, würde jede feste Einigung Norddeutschlands scheitern. — Alle solche Besorgniß aber ist schon jetzt gewichen. Der König von Sachsen hat durch Wort und That keinen Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Bundesgenossenschaft bestehen lassen, und das sächsische Volk erkennt in allen Schichten mehr und mehr den Werth des innigen Anschlusses an Preußen. Sachsens Stellung, weit entfernt, ein Hindernis für die Erfüllung der deutschen Aufgabe Preußens zu werden, ist ein Mittel der Förderung derselben geworden.

Weiter aber wurde verständigt: die Verhandlungen mit den norddeutschen Fürsten überhaupt würden eine Verständigung so leicht nicht erzielen lassen, — auch die bisherigen Bundesgenossen Preußens würden die Opfer an Selbstständigkeit, welche ihnen im norddeutschen Bunde in mancher Beziehung zugemutet werden müssen, nicht bringen wollen. — Auch diese Vorhersagung ist durch den Gang der Thaten widerlegt worden. Schon jetzt ist Alles so weit vorbereitet, daß unsere Regierung im Einverständnisse mit ihren Bundesgenossen dem norddeutschen Reichstage bestimmte Vorschläge über die Verfassung des Bundes unterbreiten kann. Während somit die Wege für den norddeutschen Bund vollkommen geöffnet sind, erweist sich gleichzeitig auch die weitere Besorgniß als nötig, als werde durch die Gründung dieses engeren Bündnisses in Norddeutschland eine Zerrissenheit des großen deutschen Gesamt-Vaterlandes, eine Scheidung von Nord und Süd herbeigeführt werden. Wieviel trübe Weissagungen waren nicht noch jüngst darüber erschollen, daß der deutsche Süden sich von dem unter Preußens Führung vereinten Norden gänzlich abwenden würde? — Und jetzt? . Nicht bloß aus Bayern ist das Wort erklingen: es gebe für Süddeutschland nur den Anschluß an Preußen, — sondern in allen süddeutschen Staaten regt es sich bereits, um zunächst die Militär-Einrichtungen nach dem Beispiel und Muster Preußens und des norddeutschen Bundes zu gestalten und um sodann seiner Zeit die nationale Verständigung zwischen Nord und Süd aufzunehmen, welche in dem Prager Frieden vorgesehen ist. Das sind die hoffnungsvollen Anzeichen, unter denen wir dem Reichstage des norddeutschen Bundes entgegengehn. Von der Haltung des Reichstages selbst wird es abhängen, ob die günstigen Hoffnungen für Preußen und für Deutschland in Erfüllung gehen. In die Hand des Volkes ist die Entscheidung gelegt, ob durch Einigkeit mit der Regierung das große Werk gelingen oder ob es den Parteimännern vergönnt sein soll, die Thatkraft und die Erfolge der Königlichen Politik zu lähmen.

In jedem Wahlkreise stehen sich Männer gegenüber, von denen die einen entschlossen sind, der Regierung des Königs hülfreiche Hand zu leisten, um das ruhmvoll begonnene glücklich durchzuführen, die Anderen dagegen mit allerlei Wenn und Aber im Vor- aus die gewohnte Opposition gegen die Pläne der Regierung einzuleiten. Alle die Namen der Oppositiomsmänner, welche seit Jahren unsern König auf Schritt und Tritt zu hindern versuchten, dasjenige ins Werk zu setzen, was er jetzt trotzdem glorreich vollbracht hat, alle die Männer, welche die Regierung zwingen wollten,

Schleswig-Holstein dem Prinzen von Augustenburg auszuliefern, welche die Politik des Grafen Bismarck für eine unheilsvolle, volksverrätherische und verderbliche erklärt und noch vor einem halben Jahre die Mittel zu dem unvermeidlichen Kriege gegen Österreich verweigern wollten, — dieselben Männer treten jetzt wiederum vor das Volk hin, um sich ungetröst aller ihren bisherigen Täuschungen von Neuem als die rechten Staatsweisen, als die einzige berufenen Rathgeber und Vertreter des Volkes anzupreisen. Doch das preußische Volk wird aus der Geschichte der letzten Jahre gelernt haben, die Geister zu unterscheiden: es wird die Wahlkandidaten nicht nach bloßen Worten und Vertheilungen beurtheilen, sondern danach fragen, welchen Anteil sie und ihre Parteigenossen an den Thaten und Erfolgen Preußens in den letzten Jahren gehabt haben, um daraus zu erkennen, ob die Regierung von solchen Männern wirklich Förderung oder vielmehr neue Hemmnisse auf ihren Wegen zu erwarten habe.

Möge das Volk den Eingang zum Reichstage nur solchen Abgeordneten öffnen, von denen bestimmt und zuverlässig zu erwarten ist, daß sie der Regierung des Königs aufrichtig beistehen wollen, die günstigen Aussichten des norddeutschen Bundes zu verwirklichen. (Prov.-Corr.)

Deutschland.

Berlin, 30. Januar. Se. Majestät der König empfing heute Melbungen und die verschiedenen Vorträge. Gestern Mittags fand im Königlichen Palais eine Konferenz statt, zu der, wie schon Tags zuvor der Präsident des Staatsministeriums Graf Bismarck, der Kriegsminister v. Roon und der Wirkl. Geh. Rath v. Savigny befohlen waren.

— Das Staatsministerium hatte gestern Abend 8 Uhr im auswärtigen Ministerium eine Sitzung.

— Die "Prov.-Corr." berichtet, daß die Eröffnung des Reichstages des norddeutschen Bundes auf Grund einer Vereinbarung zwischen den verbündeten Regierungen am 24. Februar stattfinden wird. Die Vorberathungen über den Verfassungsentwurf sind in erfreulicher Weise vorgeschritten: nach erfolgter Verständigung über die wesentlichen Grundlagen der Verfassung hat in den weiteren Sitzungen der Konferenzen die Vereinbarung über den größten Theil der Einzelbestimmungen unter vielseitiger Berücksichtigung der besonderen Wünsche und Vorschläge der Verbündeten stattgefunden. Der Schluss der Konferenzen steht nahe bevor.

— (Prov.-Corr.) Während in Hannover der größte Theil der Bevölkerung sich in richtiger Erkenntniß dessen, was dem Lande kommt, in die neuen Verhältnisse willig findet, während auch die große Mehrzahl der Beamten die Pflichten ihrer jetzigen Stellung klar erkennt und gewissenhaft erfüllt, ist ein kleiner Kreis von Missvergnügen, namentlich solcher, welche dem früheren Hofe oder der früheren Regierung besondere Nähe standen, fort und fort beflissen, Misstrauen und Feindschaft gegen die heilige Regierung zu führen. Einige derselben haben ihre amtliche Stellung zu solchen Bestrebungen gemischaucht. Die Staats-Regierung hat es deshalb für nötig gehalten, allen Beamten in den neu erworbenen Landesteilen die Pflichten ihrer Stellung durch die ausdrückliche Vereidigung nahe zu legen. Alle im unmittelbaren oder im mittelbaren Staatsdienste stehenden Beamten, einschließlich der öffentlichen Lehrer, der Advokaten und Anwälte, sowie der Geistlichen, haben den Dienstfeld zu leisten, in welchem sie schwören, Sr. Maj. von Preußen, als ihrem Herrn, unterhändig, treu und gehorsam zu sein, und ihre Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. Gleichzeitig hat der König eine besondere Verordnung für Hannover erlassen, nach welcher Beamte, welche durch ihr Verhalten in oder außer dem Amte die Sr. Majestät schuldige Treue verleihen, durch Beschluß des Staats-Ministeriums aus ihren Ämtern entfernt werden sollen, nach Besinden unter gänzlichem oder theilweisem Verluste ihrer Dienstinkünfte. Schon bisher waren mehrere jener widerstrebenen Beamten vorläufig ihrer Amtswürde entzogen worden; die vorstehende Verordnung wird der Staats-Regierung die Möglichkeit gewähren, überall wo die Wahrung des Staatsinteresses es erfordert, unzuverlässige Beamte zu entfernen und statt derselben tüchtige und bewährte Kräfte, sei es aus Hannover, sei es aus anderen Provinzen, zu berufen. Insofern es angemessen erscheint, werden demnächst auch Verseuchungen von Beamten aus und nach Hannover stattfinden.

— (Prov.-Corr.) Nachdem die bisherige freie Stadt Frankfurt aufgehört hat, als selbstständiger Staat zu bestehen, ist die feste Ordnung der Verhältnisse der nunmebrigen Stadtgemeinde Frankfurt nötig geworden. Nach den bisher in Geltung stehenden Grundbestimmungen stand an der Spitze der Stadt und des Staates Frankfurt ein Senat als Verwalter der städtischen Gemeindeangelegenheiten und gleichzeitig als oberste Regierungsbehörde. Eine ständige Bürgerrepräsentation (das 51er Kollegium) überwachte die Verwaltung des Senats und nahm selbst an der Verwaltung einen wesentlichen Anteil. Ein gesetzgebender Körper übt die gesetzgebende Gewalt, entscheid die zwischen dem Senat und der Bürger-Repräsentation entstehenden Meinungsverschiedenheiten und ertheilt die Genehmigung zu den jährlich aufzustellenden Einnahme- und Ausgabe-Etats. Der gesetzgebende Körper ist nach Ablauf seiner letzten Wahlperiode durch die Allerhöchste Verordnung vom 31. Dezember v. J. bestimmt worden, unter einstweiliger Übertragung seiner Funktionen, soweit dieselben kommunaler Natur waren, an die ständige Bürger-Repräsentation. Die gesammten Kommunal-Einrichtungen entsprechen aber den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr und bedürfen einer Umgestaltung auf veränderter Grundlage. Als solche bietet sich zunächst die im Wesentlichen bewahrt gefundene preußische Städteordnung dar. Auf die Einführung dieser letzteren sind denn auch die Wünsche eines großen Theils der

Frankfurter Bevölkerung gerichtet. Die Staats-Regierung hat daher, nachdem zuvor die gutachtliche Neuerung einer Anzahl sachkundiger, des Vertrauens würdiger Einwohner von Frankfurt über diesen Gegenstand eingeholt worden war, eine Gemeinde-Verfassung für die Stadtgemeinde Frankfurt a. M. entworfen, welche, abgesehen von einigen Abweichungen, welche auf die besonderen Verhältnisse Frankfurts berechnet sind, in allem Wesentlichen als eine Umarbeitung der Städte-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 betrachtet werden darf. Der Erlass dieser Gemeinde-Verfassung steht in nächster Zeit bevor.

— Die hier und da geäußerte Befürchtung, daß das Programm des Fürsten Hohenlohe doch zu der Bildung eines südwestdeutschen Bundes führen könnte, wird hier augenscheinlich nicht getheilt. An den süddeutschen Höfen sowohl wie in der Bevölkerung ist man einer solchen Gruppierung, etwa unter Bayern, entschieden abgeneigt. Auch ist für alle VorKommissionen der nächsten Zukunft niemals zu übersehen, daß Preußen allem, was seinen und Norddeutschlands Interessen hinderlich sein könnte, stets durch die materielle Pression des Zollvereins entgegentreten kann. Dessen wird es sicherlich niemals bedürfen. Jene Befürchtungen sind ersticklich übertrieben.

— Aus verschiedenen Gewerbs- und Handwerkerkreisen wird eine Petition an das Haus der Abgeordneten vorbereitet, worin namentlich die Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 mit den dazu gehörigen Anschlußgesetzen bekämpft und dann ausgesprochen wird, daß die heutige Gewerbegefegebung nicht den Zeitverhältnissen entspricht, vielmehr als ein Hindernis der produktiven Volkskraft anzusehen ist, wesentliche Bestimmungen der Ordnung von 1845 mit den neueren Handelsgesetzen, namentlich mit der Verfassung nicht im Einklang stehen, das Prüfungs-, Zunft- und Innungswesen veraltet ist und die Gewerbetreibenden an beschwerliche Hörmlichkeiten bindet, die ihrem Gewerbe weder förderlich sind, noch dem Publikum eine Gewähr für Reellität und gute Leistungen bieten. Deshalb ergibt der Antrag, bei Regelung der gesetzlichen Verhältnisse der alten und neuen Landesteile dahin zu wirken, daß die Gewerbeordnung von 1845 nebst Zusatzbestimmungen aufgehoben und an deren Stelle eine allgemeine, gesetzliche Gewerbefreiheit nebst Freizügigkeit und Koalitionsrecht trete.

Berlin, 30. Januar. (Abgeordnetenhaus.) 61. Sitzung. Präsident: v. Forckenbeck. Eröffnung: 10½ Uhr. Am Ministerialen: Graf Izenplix und mehrere Regierungs-Kommissarien. (Die Tribünen des Hauses sind nur spärlich besetzt.) — Der Präsident theilt den Eingang des Gesetzes wegen Aufhebung des Zollzuges aus dem Herrenhause mit. Das Haus beschließt Schlussberathung über diesen Gesetzentwurf, und der Präsident erneut zu Referenten die Abgeordneten Lefse und Hübner. — Abg. Hagen hat einen Gesetzentwurf wegen Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes eingebracht. Auch über diesen Antrag wird die Schlussberathung beschlossen und die ebengenannten Abgeordneten auch in diesem Falle zu Referenten ernannt.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Auf derselben steht der Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung einer Auleihe von 24 Millionen Thalern zu Eisenbahn-Anlagen. Die vereinigten Kommissionen für Handel und Finanzen empfehlen die Annahme des Gesetzentwurfs mit einigen von ihnen beschlossenen Änderungen. Die erste Änderung ist zu §. 2 dabin beschlossen, daß Verwendungen zu den im §. 1 aufgeführten Anlagen, welche aus anderweitig disponiblen Staatsfonds erfolgen sollen, vorher im Staatshaushalt zum Antrag zu bringen und hier der budgetären Beschlußnahme unterliegen sollen. Der Betrag derselben soll gleichzeitig von der Auleihesumme in Abzug gebracht werden.

Die zweite Änderung liegt im §. 6, nach dem jede Verfügung der Staatsregierung über eine Staatsbahn durch Veränderung oder Verpachtung zu ihrer Rechts Gültigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtages bedürfen soll. — Zu diesen Kommissionsbeschlüssen sind mehrere Abänderungs-Anträge eingegangen, u. A. vom Abg. v. Binde (Hagen) zu §. 6, denselben dahin zu fassen: „Bede. Verfügung der Staatsregierung über eine der durch dieses Gesetz berührten Eisenbahnen durch Veräußerung und Verpachtung bedarf zu ihrer Rechts Gültigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtages.“ (Wie gestern.) Der Berichterstatter Abg. Michaelis (Stettin) erklärt sich beim Eintritt in die allgemeine Diskussion für das Amendum v. Binde und zieht zu Gunsten desselben den §. 6 der Kommissions-Vorschläge zurück. — Der erste Redner ist der

Abg. Dr. Michaelis (Allenstein), welcher Gelegenheit nimmt, über die konstitutionellen Rechte des Hauses und Volkes zu sprechen. Das Budget sei allerdings anerkannt, aber man sieht einer Regierung gegenüber, welche diesen Wortlaut durch allerlei Operationen zu einem bloßen Wortlaut mache. Deshalb habe er die Pflicht, dagegen anzutreten. Gegenwärtig halte er damit zurück; es werde vielleicht noch eine Zeit kommen, wo ernster auf die Sache eingegangen werden könnte. Die Regierung biete in dieser Vorlage einen Fortschritt; die Kommission verlange einen materiellen Fortschritt zu Gunsten des Ausbaues des Budgetrechtes. — Abg. Dr. Hammacher: Ich glaube nicht, daß man jede Gelegenheit benutzen soll, um, wie der Redner, sein Herz auszuschütten über Dinge, welche mit dem Gegenstande der Tagesordnung gar nicht im Zusammenhange stehen. (Bravo!) Bei dem Amendum v. Binde handelt es sich nicht um einen Ausbau der Verfassung, sondern um die Annahme eines feststehenden Rechtes in dieses Gesetz. Ich stimme für das Amendum, damit der Gesichtsschreiber nicht einst berechtigt ist, zu sagen: das preußische Volk habe, berauscht von den Erfolgen des Jahres 1866, im Jahre 1867 nicht den Mut gehabt, das verfassungsmäßige Recht zu wahren.

Abgeordneter von Uirich: Wir haben die Hand geboten zum Frieden mit der Regierung; ich war froh, daß der Konsult beendet war. Ich glaube, daß die Regierung durch dieses Gesetz einen neuen Konsult hervorrufen will. Gerade bei einem solchen Gesetz, wo die Regierung mit Forderungen an uns herantritt, ist die Gelegenheit zu Gegenforderungen da. Wir verlangen weiter nichts, als die Anerkennung des Rechts, welches wir nach unserer Meinung bestehen. — Was sollen die neu erworbenen Länder sagen, wenn die Staatsregierung das Recht in Anspruch nimmt, über die Staatsbahnen zu verfügen ohne Zustimmung des Landtages? Schon die Regeln der Klugheit sollten die Staatsregierung veranlassen, sich auf den Boden der Verfassung zu stellen. (Schluß folgt.)

Königsberg, 30. Januar. Vorgestern wurde die Broschüre des Advokaten und Bürgermeister Roth in Trautenau: „80 Tage in preußischer Gefangenschaft und die Schlacht bei Trautenau am 26. Juli 1866“ in den Buchhandlungen mit Preis belegt.

Ausland.
Wien, 27. Januar. Der bevorstehende Ausgleich mit Ungarn ist augenblicklich eine Frage, welche die Gemüther zumeist

beschäftigt. Wettet man bedenkt, welche Anforderungen von Seiten des deutschen Elementes in Bezug auf die Organisation des Gesamtstaates seit 1848 aufgestellt und festgehalten wurden, so muß nun freilich manch deutsches Gemüth die Enttäuschung befürchten. Der Dualismus in stark ausgeprägter Form tritt an die Stelle des parlamentarischen Einheitsstaates und dies noch dazu in so komplizierter Form, daß ohne den besten Willen von beiden Seiten voraussichtlich die weitgehendsten Verwicklungen eintreten müssen. Dennoch hat die Nachricht von dem gelungenen Ausgleich im Großen und Ganzen einen freudigen Eindruck gemacht, und ich glaube, daß derselbe im Ausland ein noch bedeutsamerer sein wird. Das große Rätsel, Österreich auf Basis des historischen Rechtes zu organisieren, ist nun gelöst (?), der Übergang von der Personal- zur Real-Union hat stattgefunden. Die pragmatische Sanktion hatte nur als Haushgesetz die cis- und transleithanischen Lande verbunden; nun ist für ihre Untheilbarkeit und Unzertrennlichkeit der konkrete Ausdruck gefunden, Gesamt-Österreich als Staat keine Illusion mehr. Unstreitig ist die Gestaltung der Dinge geeignet, den Gemüthern erhöhtes Gefühl und Selbstvertrauen einzuflößen. Soll aber der Fortbau auf der so gewonnenen Basis gelingen, so ist eine Grundbedingung die Erhaltung des Friedens. Mehr und mehr bricht sich in den Gemüthern die Überzeugung Bahn, daß dieses Ziel nur durch eine ehrliche Verständigung mit Preußen zu erreichen sei. Die heutige „Neue freie Presse“ stellt dies Programm offen hin, was bisher nur das „Fremdenblatt“ gethan hatte. Möge man diese Stimmung an der Spree nicht übersehen. Es ist klar, soll Österreich nicht in das Wirral fremder Allianzen getrieben werden, so muß es an dem von Preußen tatsächlich vertretenen Deutschland den Crystallisationspunkt rücksichtslos finden. Nur auf diese Art kann die deutsche Bevölkerung in Österreich den Beruf erfüllen, der Civilisationskern Österreichs, als wahrer Großmacht, zu sein. Die Einzelpunkte der Verständigung werden sich leicht finden lassen, wenn sich von beiden Seiten die Fäden der Interessenpolitik klar anspinnen können. Ist man in Berlin staatsmännisch klug, so ist mit der konstitutionellen Reorganisation Gesamtösterreichs auch der Moment des Erschließens engerer Freundschafts-Beziehungen mit Preußen-Deutschland gekommen. Es ist dies ein sicherer Zielpunkt der staatsmännischen Klugheit des Ministers Baron Beust, dessen angeblich prinzipiell antipreußische Gestaltung bald die gründlichste Widerlegung gefunden haben dürfte.

Brüssel, 28. Januar. Die Untersuchung der Schelde-Angelegenheit findet noch immer wieder Hindernisse; es heißt, die englische Regierung, welche dieser Angelegenheit ein besonderes Interesse zuwendet, könne sich mit den beiden anderen Regierungen noch nicht über den Modus, nach welchem die Expertise gemacht werden soll, verständigen. Aus Paris wird berichtet, die französische Regierung wünsche, daß ihr Delegirter, der Ober-Ingénieur Gosselin, seine Untersuchung der Lokalitäten und die Condirungen für sich allein und unabhängig von den anderen Kommissarlen vornehmen soll. Lord Stanley aber, so meldet man aus London, habe sich an Herrn de Moustier gewandt, damit dieses Projekt einer getrennten Expertise aufgegeben werde.

Paris, 28. Januar. In Hoffreisen spricht man viel von einem längeren Gespräch, das letzten Dienstag Prinz Napoleon mit dem Kaiser gehabt, nachdem ersterer längere Zeit vergebens versucht, sich seinem Vetter zu nähern. Der Prinz habe sich gleichsam entschuldigen wollen, daß sein Name sich, ohne sein Zuthun, auf einigen der Ministerlisten befunden habe, die in den letzten Tagen in Umlauf gewesen. Der Kaiser, der sehr gute Laune gezeigt, sei auf das Thema gegen seine Gewohnheit eingegangen und habe endlich ausgerufen: „Ihr sprecht mir immer von neuen und alten Männern, als ob es deren bei meinem Regemente gäbe; wer mir dient, ist nichts als das Instrument meines Willens.“

— Man ist hier sehr gespannt auf das Preßgesetz, über das, bis auf die Konzessions-Einhaltung, im Kabinete bereits Einstimmeiglichkeit herrschen soll. Der „France“ zufolge werden die Hauptartikel dieses Gesetzes dahin geben: 1) Wer ein Blatt gründen will, hat in Paris im Ministerium des Innern, in den Departements auf der Präfektur eine Deklaration einzureichen; 2) die Verantwortlichkeit der Geranten soll mit der des Buchdrucker und Verfasser kombiniert werden; 3) die Kautions wird auf 100,000 Fr. für Pariser Blätter erhöht, und 4) die Stempelsteuer ermäßigt; 5) die Gerichte können Sequestrierung und Unterdrückung nach einer bestimmten Anzahl von Verurtheilungen oder in besonders zu bestimmenden Einzelfällen aussprechen; 6) die Strafen auf Leibeshof sollen bedeutend gemildert, die Geldstrafen erhöht werden; 7) die Pflicht, die Artikel zu unterzeichnen, besteht fort.

— Das Verhältniß der Kaiserin zu den Herren Nouher und Lavalette hat sich seit den Tagen der Krisis bedeutend gebessert, besonders seitdem der Einfluß klarer zu Tage getreten, den in den verschiedenen Palast-Intrigen die Gräfin Walewska hat zur Geltung bringen können.

— Die Zugüge nach Rom dauern fort. Vorgestern schifften sich in Marseille wieder 238 päpstliche Freiwillige ein (17 Schweizer, 20 Franzosen, 1 Pole und 200 französische Soldaten, welche für die Antibes'sche Legion bestimmt sind.)

— Nach Briefen aus Florenz im Temps will der Papst es nicht erlauben, daß sich die italienische Regierung 600 Millionen

nicht erlauben, daß sich die italienische Regierung 600 Millionen von den geistlichen Gütern „aneignet“. Man bemüht sich nun, dem Papste begreiflich zu machen, daß das Abkommen kein schlechtes sei, da der Geistlichkeit noch immer 1200 Millionen verblieben; Pius IX. hat aber immer eine und dieselbe Antwort: „Sie stehlen 600 Millionen von den 1800!“

— Unlängst statteten, wie erzählt wird, römische Patrioten, die sich als päpstliche Gendarmen verkleidet hatten, einem ihnen verdächtigen Franzosen in Rom eine Haussuchung ab. Dabei sollen sie wichtige Papiere in die Hände bekommen haben, welche auf die Existenz eines weitverzweigten legitimistisch-ultramontanen Komplotts hinweisen, das nicht allein gegen Italien, sondern namentlich auch gegen Napoleon gemünzt sei. Der Beraubte, ein gewisser de Corberon, protestirt jetzt übrigens gegen eine solche Verdächtigung; die bei ihm gefundenen Papiere bezogen sich lediglich auf das Projekt eines katholischen Vereins, dessen Mitglieder sich verpflichten, nur approbierte Bücher zu lesen, Geld für den Papst zu sammeln, und wenn sie gerufen werden, nicht allein Gut, sondern auch Blut für den hell. Vater zu opfern.

Pommern.

melbet, das egyptische Kontingent, welches der Vicekönig dem Sultan zur Verfügung gestellt und das sich in Kreta befindet, bereitlich zur Heimfahrt vor. Demselben Blatte zufolge lauten die Nachrichten aus Larissa immer befriedigender und in ganz Thessalien herrsche Ruhe.

Sammlung der Wähler Gollnows und Umgegend stattfinden zur Besprechung über die bevorstehende Parlamentswahl.

Bermischtes

— In Potsdam waren seit einigen Tagen von etnem dort als wohlhabend bekannten Schlossermeister mehrere Doppel-Friedrichsd'or ausgegeben worden, von denen sich herausgestellt hat, daß sie falsch sind. Als am Freitag die Polizei bei ihm zu Necherchen erschien, sprang der Mann, mit einem Mantel bekleidet, zum Fenster hinaus. Ob man seiner habhaft geworden und ob ihn überhaupt eine strafbare Mitschuld bei Ausgabe der Goldstücke trifft, darüber verlautet noch nichts.

— Als der Präsident Johnson am Neujahrstage die Beamten, die Mitglieder beider Häuser des Kongresses und das diplomatische Corps im weißen Hause zu Washington empfing, ereignete sich der nur in Amerika mögliche Fall, daß dem General Spinner, Schatzmeister der Vereinigten Staaten, das Portemonnaie gestohlen wurde. Es enthielt nur etwa hundert Dollars, wahrscheinlich rechnete der Dieb bei einer so hoch gestellten Person auf eine reichere Beute.

Neueste Nachrichten.

München, 30. Januar, Vormittags. Prinz Karl von Bayern hat in einer Botschrift an den Reichsrath seinen Austritt aus dieser Versammlung angezeigt; als Motiv hierfür verweist der Prinz auf seine angegriffene Gesundheit sowie auf seinen Rücktritt von aller öffentlichen Thätigkeit.

In der heutigen Sitzung beantragte der Kammer-Präsident, nachdem Fürst Hohenlohe die Verlobung des Königs notifizirt hatte, dem Könige eine Gratulationsadresse durch eine Deputation überreichen zu lassen, um den Gefühlen der Kammer über das freudige Ereigniß einen feierlichen Ausdruck zu geben. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

London, 30. Januar, Morgens. Aus Newyork vom 29.
d. Abends wird per atlantisches Kabel gemeldet:

Johnson hat auch gegen die zweite Bill, welche Colorado zum Kongresse zulässt, sein Veto eingelegt.

London, 30. Januar, Morgens. Aus Newyork vom 29.
d. wird gemeldet: Die Zufuhren an Baumwolle aus dem Innern
nach den Unionshäfen betrugten seit der letzten Meldung 66,000
Ballen, wovon 43,000 Ballen exportirt wurden.

Petersburg, 29. Januar, Abends. Der finnische Landtag ist am 26. d. zu Helsingfors im Namen des Kaisers feierlich eröffnet worden. Die verlesene Thronrede erklärt, daß die Gesetzvorlage wegen der Einberufungsordnung des Landtags erfolgen werde und daß neue Steuern nicht auferlegt werden sollen. Der Vorschlag, betreffend die Erläuterungen und Ergänzungen der Grundgesetze Finnlands, sowie die Finanzreformfrage sind aufgeschoben.

Petersburg., 30. Januar, Vormittags. Auf Befehl des Kaisers ist die in Petersburg tagende Versammlung der Provinzialstände geschlossen und die Tätigkeit dieser Institution für das Petersburger Gouvernement suspendirt worden. Ferner ist der Vorsitzende, sowie der von Seiten des Petersburger Gouvernements gewählte Ausschuss für diese Versammlung abgesetzt worden; sämtliche Mitglieder sind entlassen. Als Motiv für diese Anordnung gilt allgemein die geschwärzte Haltung dieser Versammlung, sowie das städtisch hervortretende Streben, Unzufriedenheit und Mißachtung geben die Regierung zu erwischen.

Konstantinopel, 29. Januar. Der "Courier d'Orient" enthält einen Artikel, in welchem ausgeführt wird, daß die Untertanen des türkischen Reichs, Muselmänner wie Christen, die Notwendigkeit der Einberufung einer aus freien Wahlen hervorgehenden Nationalversammlung lebhaft fühlen.

Die italienische Gesandtschaft hat wegen der Verwundung, welche einem italienischen Schiffskapitän von Seiten der türkischen Polizei bei Gelegenheit einer Matrosenschlägerei zugefügt worden ist, Reklamationen erhoben und eine Entschädigung von 400 Lires beansprucht.

Depesche der Stettiner Zeitung.

Konstantinopel, 30. Januar. Die Pacificirung Kan-
dien's schreitet fort. Die Ernennung eines christlichen Fürsten zum
Gouverneur von Kandien steht bevor.

Börsen-Berichte.

Berlin, 30. Januar. Weizen loco reichlicher am Markte, Termine matt. Roggen-Termine wurden heute wiederum wenig umgesetzt und hielt die Geschäftsstille hierin fortlaufend an. Unter dem Eindruck der auswärtigen mätenen Berichte war die Haltung hierfür zu Anfang des Marktes eine geflüchtete, befestigte sich alsdann wieder, jedoch sind Preise schließlich ca. $\frac{1}{4}$ Thlr. pr. Wstl. niedriger als gestern. Effektive Ware mußte bei reichlichen Anerbietungen etwas reichlicher erlassen werden. Gaf. 1000

reichtigen Anerbietungen etwas reichlicher erlassen werden. Gef. 1000 Gr.
Haser zur Stelle wenig beachtet, Termine geschäftlos. Für Kübel
war die Haltung eine feste, der Umsatz etwas lebhafter und für nahe Lie-
ferung etwas mehr zu bedingen gewesen. Auch für Spiritus machte sich
eine feste Haltung geltend, namentlich ist effektive Ware wenig am Markt,
in Folge dessen auch Termine eher besser zu begeben waren. Gefündigt
10,000 Quart.

Weizen loco 76—89 R f nach Qualität, bunt polnischer 82 R f frei
Mühle bez., Lieferung pr. Januar 79 R f Br., April—Mai 79 R f bez.,
Mai—Juni 80 R f bez.
Roggen loco 78—81 pfd. 56½, 57 R f ab Bahn bez., 79—82 pfd.
57, ¼ R f do, ord. 55½ do, pr. Januar 56¾, ¾ R f bez., Januar—
Februar 56 R f Gd. Frühjahr 54½, ¾, 55 R f bez., Br. u. Gd., Mai—
Juni 55, ½ R f bez. u. Br. 1½ R f Gd. Juni—Julii 55½, ¾ R f bez.

Sum 55, $\frac{1}{4}$ Af bez. u. Br., $\frac{1}{8}$ Af. Gb., Summ-Juli 55 $\frac{1}{4}$, $\frac{3}{8}$ Af. bez.
u. Gb., $\frac{1}{2}$ Br., Juli-August 53⁷/₈ Af. bez.
Gerste, grosse und kleine, 44–52 Af. per 1750 Bbf.
Hafer leco 26–29 Af., schles. 28, $\frac{1}{2}$ Af., böhmischer 28 Af. ab Bahn

bez., pr. Januar und Januar-Februar 27½ R., Frühjahr 28 R. Br., Mai-Juni 28½ R. Br. ¼ bez.
 Erbsen, Kochwaare 60—68 R., Futterwaare 52—60 R.
 Rübstol loco 11½ R. Br. per Januar 11¾, 5, 19½ R. bez.,
 Br. u. Gd., Januar-Februar 11½, ¾ R. bez., Februar-März 11¾

Br., April-Mai 11⁶/₂, $\frac{7}{8}$ R. bez., Mai-Juni 11¹¹/₂ R. bez.
 Leimöl loco 13³, R.
 Spiritus loco ohne Gasß 17⁵/₂₄ R. bez., pr. Januar, Januar-Februar
 u. Februar = März 16¹⁸/₂₄, 17¹² R. bez. u. Br., 17 Gd., April - Mai
 17⁶/₂₄, $\frac{7}{8}$ R. bez. u. Br., $\frac{1}{4}$ R. Gd., Mai-Juni 17⁹/₂₄, $\frac{1}{2}$, R. bez.

Breslau, 30. Januar. Spiritus 8000 Tralles 16 $\frac{3}{4}$. Weizen pr. Januar 77 Br. Roggen pr. Januar 55 $\frac{1}{2}$, do. pr. Frühjahr 52 $\frac{1}{2}$. Rübsöl pr. Januar 102 $\frac{3}{4}$. Kappz pr. Januar 95 Br. Birk umjaglos. Kleesaat, rothe unverändert, weiße fest.

Neue Königstraße 12, 3 Treppen, sind aus einem Nachlaß für Theologen wertvolle Bücher zu verkaufen, u. a.: Die Werke Luthers in der Erlanger Ausgabe. Erlangen 1826;

deutsche Werke,
67 Bände mit dem Inhalts-Register,
gebunden in 26 Bänden.

Von den lateinischen Werken,
1 Bd. Kommentar in Ep. ad Galat. gebunden, die anderen ungebunden. Ungebunden à Band 11 $\frac{1}{4}$ Jgr. Ladenpreis 40 Thlr. Verkaufspreis 25 Thlr.

Olshausen, Bibl. Kommentar über sämtl. Schriften d. N. Testaments.

1. Bd. die 3 erst. Evg. bis zur Passionsgeschichte;
2. Bd. Johannes. Passionsgeschichte, Apostelgeschichte;
3. Bd. Ep. ad Rom., ad Corinth.;
4. Bd. Ep. ad Gal., Eph., Col., Thess.;
5. Bd. (Wiesinger) Ep. ad Phil., Tit., II. Tim., Philemon; (Ebrard) ad Hebr.

Königsberg 1853, 4. Aufl., geb. in Leinwand. Ladenpreis ungebunden 15 Rb. 4 Jgr., Verkaufspreis 8 Rb.

Seit einer Reihe von Jahren beschäftige ich mich mit Fortsetzung von Torsstechnischen, welche sich sämtlich bei meinen Abnehmern vorzüglich bewährt haben.

Ich mache das geehrte Publikum hierdurch auf mein Fabrikat aufmerksam, und bitte mich gefälligst mit rechtlichen Aufträgen zu beegeben. Reparaturen werden von mir auf das billigste und promptst ausgeführt.

Pößnitz, den 28. Januar 1867.

Otto Stephan,
Gengschmiedemeister und Maschinenbauer.

Holz-Berkauf.

Da ich wöchentlich neue Zusendungen von der Bahn erhalten, so verkaufe

Buchen Kloben I. Klasse à Klafter	9 Rb.
Birken	I. 8
	II. 7
Eisen	I. 7
Fichten	I. 6

auch alle Sorten Kleingemachtes zu billigen Preisen.

Bestellungen erbitten im Comtoir: Klosterstraße 6, sowie auf dem Lagerplatz, Silberwiese, Holzstraße.

F. Kindermann.

Beste Berliner Patent-Concept- und Mundirpapiere, sowie alle sonstigen Bureau-Schreibmaterialien, am billigsten und am besten sortirt bei

Bernhard Saalfeld,
große Lastadie 56.

Cigarren-Offerte.

In den Preisen von 10, 12, 15, 17 $\frac{1}{2}$ und 20 Rb., etwas ganz vorzügliches in Qualität, Biand ausgezeichnet, bei

Bernhard Saalfeld,
große Lastadie 56.

Kieler Sprotten

und Bläcklinge empfiehlt

H. Lewerentz.

Endesgesetzter

gibt hiermit der leidende Menschheit kund, daß er den Mayer'schen weißen Brust-Syrup in sehr vielen Krauttheiten der Respirationsorgane, wie

veralteten Lungenskatarrhen,

Heiserkeit &c.

mit dem besten Erfolge angewendet habe.

Kamenitz a. d. Linde in Böhmen.

Dr. Nowák, Stadt-Physikus.

Niederlage in Stettin bei

Fr. Richter,
gr. Wollweberstraße 37–38.

Beste trockene Schlemmkreide
aus Remise offerre zu 10 Jgr. pr. Cr. Wm. Helm, Stettin.

Gartenthiner Torf,
groß Format und schwer, à 1000 2 Rb. 25 Jgr. Swantewitzer à 2 Rb. 15 Jgr. und 2 Rb. frei vor die Thür. Bestellungen werden erbitten im Comtoir Klosterstraße 6 sowie auf dem Lagerplatz, Silberwiese.

F. Kindermann.

Feinstes ächtes Petroleum

(Standard White!)

in ganz weißer geruchlos brennender Flamme offerre ich jetzt zu 5 Jgr. pro Flasche.

Petroleum-Lampen brennen allabendlich in meinem Lokale zur gefälligen Ansicht des geehrten Publikums.

Anna Horn, geb. Nobbe,

Kräuter-Malz-Kasse,
Kräuter-Malz-Brütsaft und
Authosenz des Dr. Hess von F. A. Wald

in Berlin, vorrätig in allen coulanten Material- oder Spezerei-Handlungen, welche durch Platate autorisiert sind. Bezugsbestellungen werden von Hrn. F. A. Wald, Mohrenstraße 37 a in Berlin, welchem der alleinige Genera-Bertrieb meiner Artikel zusteht, auf portofreie Anfragen an alle Wiederverkäufer Frankfurt versandt.

Dr. Hess,

Königl. preuß. approbiert Apotheker 1. Cl. und technischer Chemiker; Lehrer der Gejundheits- und Naturwissenschaften; Fabrikant von technisch-chemischen und Gejundheits-Artikeln.

Lebens-Versicherungs-Bank KOSMOS.

Grundkapital: 1,800,000 Gulden,
concessionirt für das Königreich Preußen durch Ministerial-Verfügung vom 8. Juni 1863.

Die Gesellschaft empfiehlt sich zum Abschluß von:

Lebens-, Renten-, Alter-Persorungs-, Aussteuer- und Begräbnissgeld-Versicherungen

aller Art, unter Gewährung vollständiger Sicherheit und unter günstigen Bedingungen, gegen feste und billige Prämien.

Prospekte, Formulare, sowie jede wünschenswerthe Auskunft sind bei dem unterzeichneten General-Agenten, sowie bei sämtlichen Vertretern der Gesellschaft zu haben.

Der General-Agent für die Provinz Pommern
Wilhelm Bartelt

in Stettin, Breitestraße Nr. 41–42.

Agenten werden unter vortheilhaftem Bedingungen zu engagiren gesucht.

Frankfurter Glas-Versicherungs-Gesellschaft zu Frankfurt a. M.

Begebenes Garantie-Capital: 250,000 Gulden.

Die Gesellschaft versichert zu festen billigen Prämien eingeschloßne Scheiben von Doppel- u. Spiegelglas, sowie Spiegel gegen Bruch, verursacht durch Unfall oder Böswilligkeit. Sie hafet zugleich für die durch Feuersbrunst oder Gas-Explosion verursachten Beschädigungen des versicherten Glases, insoweit dasselbe nicht schon gegen Feuergefahr versichert ist.

Berichterungs-Abschlüsse werden durch den Unterzeichneten vermittelt, an den man sich wegen näherer Auskunft zu wenden beliebe.

Prospects und Antragsformulare sind auf dem Comptoir desselben, Breitestraße Nr. 41 und 42, zu haben.

Der General-Agent für die Provinz Pommern in Stettin.
Wilhelm Bartelt.

NB. Tüchtige Agenten werden unter vortheilhaftem Bedingungen gesucht.

Das Pianoforte-Magazin von

gr. Domstr. Nr. 18, **Carl René**, gr. Domstr. Nr. 18,

empfiehlt seine anerkannt guten Concert- und Stutz-Flügel, Planinos und taselförmigen Pianos, aus den renommiertesten Fabriken von Steinway & Sons in New-York und Braunschweig, Grard & Hesselbein in Paris, Hüni & Hübert in Zürich, L. Bösendörfer in Wien, Alois Biber in München, C. Rönnisch in Dresden, Breitkopf & Härtel, Jul. Blüthner und Jul. Heinrich in Leipzig, Richard Lipp in Stuttgart, Luckhardt in Cassel, C. Münnic in Gotha, Voigt & Sohn, C. Quandt, G. Fischer und A. Belling in Berlin. Sämtliche Instrumente werden bei mehrjähriger Garantie zu billigen Preisen verkauft und auch gebrauchte Pianos in Zahlung angenommen.

Zithern

mit 30 Saiten und Schnallen zum Selberlernen, das Instrument à 6, 8, 13. — Postnachnahme.

Xaver Thumhart, Intrum.-Fábr. in München.

Bon meinem anerkannt

extra feinen weißen Petroleum

empfiehlt ich in Original-Gebinden, sowie ausgewogen, als

auch in einzelnen Flaschen à 5 Jgr.

Wilhelm Boetzel,

Lindenstraße 7.

Jur Cigarrenraucher

empfiehlt mein reichhaltiges Lager, worunter namentlich

Militärs à Mille 5 Rb., 25 Stück 4 Jgr.

Arabe 6 25 5

Bafra 10 25 7½

Dubex fort 12 25 10

von echt türkischem Tabak. Ferner halte ich zum Selbstfertigung obige Sorten Tabake, sowie Cigarettenpapier bestens empfohlen.

R. Domstraße 11.

A. Martini.

Neue Messinaer Apfelsinen und Citronen

empfiehlt und empfiehlt

Wilhelm Boetzel,

Lindenstraße 7.

Bergemann'scher Malz-Extrakt.

Aus meinem General-Depot offerre ich den obigen von ärztlichen Autoritäten bestens empfohlenen Extrakt mit

8 Thlr. pro Tonne und

25 Flaschen für einen Thaler.

Zu gleichen Preisen ist dieser Extrakt in den Niederlagen bei den Herren

H. Goltz, Papenstr. 18.

G. W. Lehmann, Mittwochstr. 7,

Wilhelm Scheel, Mönchenstr. 15,

C. Ehrhardt, Kohlmarkt 10,

W. Stoltz, Kirchenstr. 16,

A. H. Lockstadt, Grabow, Langestr. 97,

Carl Marx, Bülow, Chausseestr. 20

zu haben.

M. Loewel,

Bitteriaplatz.

Gummischuhe

für Herren, Damen und Kinder, in den besten Qualitäten sind jetzt in allen Nummern vorrätig bei

W. Johanning,
Schulzenstr. 44/45.

Chablonen

in Wäschestickereien

b. Schulz, Pelzerstr. 28.

Stereoscope

und Stereoscopibilder in ganz neuer Auswahl empfiehlt

F. Hager, Optiker.

Aschebergerstraße Nr. 7.

Ziegel- und Torspreßmaschinen

ganz neuer und bewährter Construction für Hand-, Pferde- und Dampfbetrieb empfiehlt die Maschinenbauerei von Schlüter & Manbaum, Ritterstraße 11, in Berlin.

August Rühlow, Königsstraße 3.

Dr. Pattison's Gichtwatte lindert sofort und heilt schnell

Gicht,

Rheumatismen,

aller Art, als Geschle-, Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und Kniegicht, Magen- und Unterleibs- schmerz &c. &c. I. Paketen zu 8 Jgr. und zu 5 Jgr. bei A. G. Glantz, gr. Oderstraße 29.

Zur Lagerung

von Holz, Brettern, Kohlen, Steinen, Kreide &c. offerre ich meinen bewachten, an der Oder belegenen, von Bollwerksabgaben befreiten Lagerplatz, sowie Schuppen, Neisen und Böden bei billiger Miete.

Wm. Helm, gr. Wollweberstr. 40.

Eine Familie auf dem Lande, bei der ein Gemüths-kranke junger Mann einige Jahre mit Erfolg sich aufgehalten hat, ist bereit, einen jungen Mann, dem der Aufenthalt auf dem Lande nötig, bei sich aufzunehmen.

Näheres in der Expedition dieses Blattes.

Stettiner Stadt-Theater.

Donnerstag, den 31. Januar 1867.

Philipine Welser.

Historisches Schauspiel in 5 Akten von D. v. Redwitz.

Vermietungen.

Der neu angelegte große und elegante Laden Rossmarkt Nr. 4 ist zu vermieten.

Abgang und Ankunft

Eisenbahnen und Posten in Stettin.

Wähnzung.